

1 **119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 Harri Porten

7

8

9

10

11

12

13 **Dringlichkeitsantrag**

14

15 **Mitgliederentscheid „Freie Demokraten für**
16 **Kernenergie“**

17

18 Der Landesparteitag möge beschließen:

19

20 Der Landesverband Hamburg beantragt, dass der Bundesvorstand der Freien Demo-
21 kratischen Partei (FDP) einen Mitgliederentscheid gemäß § 21 der Bundessatzung mit
22 folgender Fragestellung durchführen möge:

23

24 *Soll die Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei (FDP) unverzüg-*
25 *lich nach Durchführung des Mitgliederentscheids aus ihrer Mitte ein Gesetz in*
26 *den Bundestag einbringen (§ 76 Abs. 1 GO BT), das im Wesentlichen dem*
27 *Atomgesetz in seiner bis zum 26. April 2002 geltenden Fassung entspricht und*
28 *im Ergebnis alle rechtlichen, technischen und sonstigen Aspekte regelt, die er-*
29 *forderlich sind für die Wiederaufnahme des Betriebs der noch in einen betriebs-*
30 *fähigen Zustand versetzbaren Kernkraftwerke Brokdorf, Emsland, Grohnde,*

31 *Isar 2, Gundremmingen C, Krümmel und Neckarwestheim sowie die Erfor-*
32 *schung und den mittelfristigen Bau neuer Kernkraftwerke der sog. Generation*
33 *IV?*

34

35

36 **Begründung:**

37 Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei gleichzeitig voran-
38 schreitender Elektrifizierung wird nur mit durchgehend ausreichend verfügbarer und
39 kostengünstiger Energie gelingen. Das Vorhandensein einer zukunftsweisenden Ener-
40 gieinfrastruktur ist damit, insbesondere angesichts einer Weltbevölkerung von per-
41 spektivisch 10 Milliarden Menschen, eine der wichtigsten globalen Fragen des 21.
42 Jahrhunderts.

43

44 Der flächenverbrauchs- und ressourcenschonende Einsatz von Energieträgern mit ho-
45 her Energiedichte sowie technischer Fortschritt sind vor diesem Hintergrund der
46 Schlüssel für die weltweite Bekämpfung von Armut und die Schaffung von Wohlstand.
47 Um bestmöglich von der Innovationskraft des Marktes zu profitieren, sollte sich die
48 Politik daher auf die Setzung eines regulatorischen Rahmens der wesentlichen Para-
49 meter (preiswert, sicher, umwelt- und klimafreundlich und allzeit verfügbar) beschrän-
50 ken, aber die konkrete Ausgestaltung der künftigen Energieversorgungsstruktur im Üb-
51 rigen weitestgehend dem technologieoffenen, marktwirtschaftlichen
52 Wettbewerb überlassen.

53

54 Primäres Ziel dieser energiepolitischen Leitentscheidungen muss die Erzeugung von
55 allzeit verfügbarer und kostengünstiger Energie sein, um Wirtschaftswachstum sowie
56 ein selbstbestimmtes Leben der Menschen in Wohlstand zu ermöglichen.

57

58 In diesem Zusammenhang sollte Deutschland kurz- bis mittelfristig wieder in die Nut-
59 zung der Kernenergie einsteigen. Diese wird nämlich vom Intergovernmental Panel on
60 Climate Change (IPCC) als ein Instrument des Klimaschutzes bezeichnet und von der
61 Europäische Union als nachhaltige Energiequelle einstuft. Durch das Wiederaufahren
62 der noch existierenden deutschen Reaktoren könnten sofort mindestens ca. 50 bis 70
63 Millionen Tonnen CO pro Jahr durch ₂ Verringerung der Kohleverstromung eingespart
64 werden. Perspektivisch sollte der aktuelle Anteil des Kohlestroms am

65 deutschen Energiemix durch Kernenergie ersetzt werden – als dritte Klimaschutzsäule
66 neben der Solar- und Windenergie.